

Helge Braun will Impfapartheid – weniger Rechte für Ungeimpfte



Den Pharmalobbyisten, Immunsystemleugnern und sonstigen Personen mit Hang zum Totalitarismus geht alles zu langsam. Einige wollen schneller noch mehr Kohle schaufeln, andere ihre kranke Lust an Unterdrückung befriedigen. Aktuell meldet sich mittlerweile beinahe täglich eine andere Person dieser Spezies zu Wort und verkündet ihre, an sehr schlimme Zeiten erinnernden, Wünsche.

Jüngst ist das Helge Braun (CDU), der „Bundesminister für besondere Aufgaben“ – also einer für den man keine so richtige Verwendung hatte. Gegenüber der BmS tönnte er, dass Ungeimpfte künftig mit stärkeren Einschränkungen rechnen müssten. „Geimpfte werden definitiv mehr Freiheiten haben als Ungeimpfte“, so Braun und unkt von einer vierten Welle und einer Inzidenz von 850 bis zur Bundestagswahl. Deshalb sollten trotz Testkonzepten Ungeimpfte ihre Kontakte reduzieren müssen. „Das kann auch bedeuten, dass gewisse Angebote wie Restaurant-, Kino- und Stadionbesuche selbst für getestete Ungeimpfte nicht mehr möglich wären“, erklärte der Mann für „besondere Aufgaben“. Er sorgt sich auch um die Kinder, die nachweislich kaum betroffen sind, und fordert de facto einen Impfzwang für „Eltern, Lehrer, Hausmeister und Schulbus-Fahrer“. Wenn diese Gruppen alle geimpft seien, wäre die Gefahr für Kinder geringer. Ebenso solle die Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr und im Schulunterricht

konsequent aufrechterhalten werden, schließlich habe der Staat „die Pflicht, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen“, so Braun.

Der Staat hat vor allem nicht das Recht in die körperliche Unversehrtheit der Bürger invasiv einzugreifen. Besonders bedenklich ist dabei aber, dass hier ganz offensichtlich die Menschen mit Nachdruck aufeinandergehetzt werden sollen. Denn auf diese Art wird es wohl nicht lange dauern bis die Geimpften jene, die sich das nicht antun lassen wollen als Feindbild sehen und was dann passieren kann wissen wir.

Vielleicht sollte der wohlgenährte Herr Braun, den ja als Politiker diese und andere Maßnahmen nicht betreffen, darüber nachdenken, wie es wäre, würde morgen einer seiner Kollegen fordern, dass Übergewichtige kein Fett, keinen Zucker und überhaupt nicht mehr als 1200 Kalorien pro Tag zu sich nehmen dürften bzw., dass sich alle mit einem BMI über 26 einmal wöchentlich in einem Wiegezentrum auf die Waage stellen müssen, wo sie bei einer Gewichtsabnahme von 400 Gramm gegenüber der Vorwoche einen QR-Code bekommen, mit dem sie dann, wie alle Schlanken ohne, in ein Restaurant gehen dürfen. Fastfood und alkoholische oder zuckerhaltige Getränke seinen allen Personen mit einem BMI über 25 aber generell verboten. Alles natürlich ganz im Sinne von Brauns Argumentationslinie von der „staatlichen Pflicht die Gesundheit der Bürger zu schützen“. (lsg)